

Dokument 64

Aktualisierter Beitrag von Prof. Klaus Hurrelmann für schulstruktur.com vom 31. März 2010.

Ein Zwei-Wege-Modell für die Sekundarschulen in Deutschland

Von Klaus Hurrelmann, Universität Bielefeld und Hertie School of Gov., Berlin

Das Erziehungs- und Bildungssystem in Deutschland ist historisch gewachsen, aber es ist mit den Veränderungen von Sozial- und Familienstrukturen, Wirtschafts- und Qualifikationsanforderungen der letzten 50 Jahre nicht mitgewachsen. Er setzt viel zu spät im Lebenslauf der Kinder mit einer gezielten Förderung ein, gleicht soziale Herkunftsunterschiede zu wenig aus, begleitet zu wenige Schüler bis zu einem hochwertigen Schulabschluss und erzielt deshalb einen im internationalen Vergleich auffällig richtigen Anteil von Hochschulabsolventen.

In vielen Bereichen sind erste Reformschritte eingeleitet worden. Die letzten beiden Bundesregierungen haben die Vorschulerziehung und die Ganztagsbeschulung stimuliert. Und die Länder politisch geradezu gezwungen, hier neue Angebote zu etablieren. Auch im Hochschulsektor tut sich etwas, vor allem durch die EU-Vereinbarung zur Vereinheitlichung der Angebote angestoßen. Aber eine Frage bleibt nach wie vor offen: Was wird aus dem „gegliederten“ Sekundarschulsystem? Wie lange wollen wir an der Trennung der Schüler nach der Grundschule auf mehrere Schulformen mit unterschiedlichem Leistungsniveau festhalten? Wie lässt sich eine Schulform „Hauptschule“ rechtfertigen, die immer weniger Zuspruch bei Eltern und Schülern findet und bei Lehrern als pädagogisch ungeheuer schwierig gilt, weil sie fast nur noch Jugendliche mit sozialer Benachteiligung aufnimmt, die eine breit angelegtes Förderprogramm benötigen, das ein normal ausgebildeter Pädagoge nicht anbieten kann?

Die empirischen Schulleitungsstudien der letzten Jahre zeigen eindeutig:

In Deutschland ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Leistung der Schüler ungewöhnlich stark. Die vertiefenden Analysen der Forschungsgruppe um Jürgen Baumert vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin klären, woran das liegt. Die Aufgliederung des Schulsystems in sehr viele Schulformen lässt „kritische Schulumilieus“ an immer mehr Hauptschulen entstehen, weil sich Schülerinnen und Schüler aus sozial und bildungsmäßig schwachen Familien, darunter vielen Migrantenfamilien, an diesen Schulen ballen. Diese Schülerschaft regt sich nicht mehr gegenseitig an, sondern zieht sich in Lern- und Sozialmotivation kollektiv herunter. Dadurch kommt es zu einer strukturellen Benachteiligung dieser Jugendlichen. Diese Ergebnisse werden durch die letzte Shell Jugendstudie bestätigt, die einen eklatanten Nachteil vor allem für männliche Jugendliche an den von Ausgrenzung bedrohten Hauptschulen feststellen musste. Auch die 1. World Vision Kinderstudie dokumentiert, wie früh im Lebenslauf solche Weichenstellungen sich in den Köpfen der Kinder festsetzen.

Wir brauchen eine bundeseinheitliche Schulstruktur!

Unser Sekundar-Schulsystem ist im internationalen Vergleich ungerecht und wenig leistungsfähig. Das können wir uns als führendes Exportland nicht leisten, aber es ist auch politisch und ethisch nicht

akzeptabel, weil viele Jugendliche nicht ihren Potentialen gemäß gefördert werden. Deshalb muss eine bundeseinheitliche Schulreform auf die politische Agenda gesetzt werden. Die beiden großen Volksparteien sind bei diesen Themen verunsichert. CDU und CSU haben sich bisher mehrheitlich kategorisch gegen jede Veränderung des mehrgliedrigen Sekundarschulsystems gestellt. In einigen ostdeutschen Bundesländern unter CDU-Regierungen, vorbildlich in Sachsen, hat es allerdings pragmatische Weichenstellungen zur Entschärfung der Selektivität des weiterführenden Schulsystems durch eine Zusammenlegung von Hauptschulen und Realschulen gegeben. In den großen westlichen Bundesländern aber haben CDU-Regierungen gerade erst wieder in jüngster Zeit zementierende Beschlüsse zur Konservierung des dreigliedrigen Schulsystems mit Erhalt der Hauptschule gefasst. Weil die Akzeptanz der Schulform Hauptschule von Jahr zu Jahr bei Eltern und Schülern weiter absinkt und inzwischen auch im ländlichen Bereich riesige pädagogische Probleme auf diese Schulform zukommen, wird sich diese Position nicht mehr lange halten lassen.

Die SPD ist in der Schulstrukturfrage gespalten. Nach außen proklamiert sie ein integriertes Schulsystem. Dort, wo sie regiert hat und noch regiert, betreibt sie aber eine unentschiedene Politik. In den 1980er Jahren hat sie in den von ihr regierten Bundesländern Gesamtschulen gegründet – aber nicht als ersetzende, wirklich integrierende Schulen, sondern als zusätzliche Schulform neben Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Sonderschule. Damit hat sie faktisch die soziale Selektivität des Schulsystems erhöht, obwohl sie das Gegenteil beabsichtigt hatte. Heute ist die SPD wegen dieser paradoxen Effekte, die sie in der Bildungspolitik erzeugt hat, in den letzten ihr verbliebenen Bundesländern als Regierungspartei praktisch handlungsunfähig. Sie leistet Lippenbekenntnisse für ein vollständig integriertes Schulsystem nach finnischer Art, in der Praxis lässt sie da sozial ungerechte und leistungsmäßig marode Schulsystem aber praktisch unangetastet.

Zeichnet sich ein Kompromiss in der Schulstrukturfrage ab?

Dennoch: Auch in den westlichen Bundesländern bewegt sich etwas. Im Saarland und im Stadtstaat Hamburg hat die CDU gehandelt. Hier wurde die Zusammenlegung von Hauptschulen und Realschulen formal beschlossen. Ebenso wie die dort bestehenden Gesamtschulen sollen sie schrittweise zu einer einheitlichen Schulform neben dem weiter bestehenden Gymnasium zusammengeführt werden. Nach langem Zögern hat das SPD-regierte Berlin ein ähnliches Modell beschlossen. Auch das SPD-regierte Rheinland-Pfalz nimmt diesen Kurs auf.

Was sich hier abzeichnet, könnte ein Kompromiss für das ganze Bundesgebiet sein, und zwar nicht der schlechteste. Er könnte die bildungspolitische Rettung aus der Jahrzehnte lang anhaltenden Sprachlosigkeit und der erschreckenden ideologischen Verbissenheit sein, die sich wie Mehltau über die Sekundarschulen gelegt hat.

Die in vielen Jahrzehnten gewachsenen Strukturen des deutschen Schulsystems im Rahmen einer Radikalreform von heute auf morgen auf das oft als Vorbild genannte skandinavische Einheitsschulsystem umzustellen, wie es viele Politiker und Wissenschaftler fordern – das ist politisch unberechenbar und pädagogisch äußerst riskant. Damit würden die Gymnasien abgewürgt, die zu heute eindeutig attraktivsten Schulen gehören. Keiner kann vorhersagen, wie Eltern hierauf reagieren würden. Keiner kann garantieren, dass hierdurch nur die erwünschten Effekte einträten. Wollen wir die unerträglich hohe Selektivität unseres Schulsystems wirklich schnell und nicht erst zum Sankt-Nimmerleins-Tag abbauen, dann kann eine mit Augenmaß vorgenommene Reduktion der Vielgliedrigkeit, eine Beruhigung der zersplitterten Schulstruktur durch die Zusammenlegung von Schulformen, ein Ziel führender und berechenbarer Reformschritt sein.

Das Zwei – Wege – Modell

Ich habe in einem Offenen Brief an die Kultusministerinnen und –minister der 16 Bundesländer schon im November 1991 für ein solches Model plädiert. Damals, kurz nach der überraschenden Vereinigung der beiden deutschen Staaten, gab es eine historisch einmalige Gelegenheit für eine Schulstrukturreform im frisch Vereinten Deutschland. In meinem Offenen Brief musste ich aber feststellen: „Die große Chance, mit der deutschen Vereinigung auch ein einheitliches Schulsystem zu schaffen, ist bislang nicht ergriffen worden. Stattdessen wurden die schulideologischen Grabenkämpfe der alten Bundesrepublik in den neuen Bundesländern munter weitergespielt. Das hat aber dazu geführt, dass von einheitlichen Lebensverhältnissen, wie sie das Grundgesetz anmahnt, im so wichtig gewordenen Bildungsbereich nicht die Rede sein kann. Weder Eltern noch Lehrer, Kultusbeamte oder Bildungsexperten sind in der Lage, die unendliche Vielfalt des Bildungsangebotes und der Schulstrukturen in den 16 Bundesländern auch nur annähernd zu überblicken. Wir brauchen eine einheitliche Schulstruktur im vereinten Deutschland, um Orientierungssicherheit für Eltern und Schulkinder zu schaffen.“

Als konkreten Vorschlag habe ich ein „Zwei-Wege-Modell“ für das Sekundarschulsystem in allen 16 Bundesländern konzipiert. Hauptschulen, Realschulen und – sofern sie in der Mittelstufe existieren – Gesamtschulen, so der Vorschlag, werden zu einer einheitlichen Schulform zusammengefasst, erhalten einen in allen 16 Bundesländern identischen Namen (zum Beispiel „Fachgymnasium“, „Sekundarschule“ oder auch „Gemeinschaftsschule“), bekommen nach fairen, rein Aufgaben orientierten Kriterien Finanzaufwendungen (keinen Fall weniger als die Gymnasien) und können entsprechend auch auf gleichwertig profilierte Lehrkräfte zurückgreifen. Die neuen Sekundarschulen entwickeln ein eigenes, auf Interdisziplinarität und Projektarbeit, Lebenswelt- und Praxisbezug ausgerichtetes pädagogisches Konzept und erhalten eine eigene Oberstufe, die sich aus der Weiterentwicklung der heutigen Berufsschulen, Berufskollegs und anderen teilweise schon bestehenden Einrichtungen neben der gymnasialen Oberstufe bilden kann. An dieser Oberstufe können auch die Abschlüsse der Fachhochschulreife und der Hochschulreife (Abitur) erworben werden.

Das Zwei-Wege-Modell kommt der sofortigen Auflösung der Hauptschule gleich. Die Hauptschule verdiente ihren Namen schon zur Zeit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten nicht mehr, als sie nur noch auf einen Anteil von 32 % der Schülerinnen und Schüler in den siebten Jahrgängen kam und vom Gymnasium überholt wurde. Heute liegt sie bundesweit nur noch bei 20 %. Auch verkrampfte Versuche in Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, wo noch ein überdurchschnittlich hoher Anteil der Schülerschaft die Hauptschulen besucht, diese Schule durch Förder- und „Fitness“-Programme aufzuwerten, haben den Trend der Schrumpfung nicht aufhalten können. Ebenso wenig die Bemühungen, durch gezieltes Erschweren des Übergangs an das Gymnasium künstlich eine Umleitung von Schülerinnen und Schülern in die Hauptschule zu erreichen. Die Hauptschulen stellen für Eltern und Schüler kein zeitgemäßes Bildungskonzept mehr dar, und aus diesem Grund sollten sie als gesonderte Schulform aufgelöst werden.

Schon seit den 1970er Jahren zeigte sich, dass sich Hauptschulen zunehmend in ein Sammelbecken für Kinder aus den unteren Sozialschichten, aus problematischen Familienverhältnissen und aus Einwanderer- und Ausländerfamilien verwandeln. Dabei wird der Anteil der männlichen Schüler immer größer. Jungen gehören zu den auffälligen Verlierern im Bildungsbereich. Die letzte Shell Jugendstudie hat hierzu beängstigende Zahlen vorgelegt. Viele Lehrkräfte an Hauptschulen fühlen sich pädagogisch in einer Sackgasse und sind mit ihrem professionellen erzieherischen Können am Ende. Sie haben eine Schülerschaft vor sich, die so starke pädagogische Herausforderungen stellt, dass sie ihnen auch bei

größtem Einsatz unter den gegenwärtigen Arbeitsbedingungen nicht gerecht werden können. Vor allem in großstädtischen Brennpunktbereichen ist ein Unterricht nach Lehrplan nach Aussage vieler Hauptschullehrerinnen und Hauptschullehrer oft nicht mehr möglich.

Der Schulform Hauptschule werden heute soziale, kulturelle, religiöse und geschlechtsspezifische Integrationsleistungen abverlangt, die sie mit ihren gegebenen Strukturen nicht bewältigen kann. Die Schülerschaft ist durch eine institutionelle Negativauslese gekennzeichnet. Sie stellt dadurch die sozialpädagogisch mit Abstand anspruchsvollsten Anforderungen an die Lehrkräfte, die hierfür aber nicht ausgebildet sind. Das Resultat ist ein erschöpftes und resigniertes Lehrerkollegium, eine frustrierte Schülerschaft und eine schwindende Akzeptanz dieser Schulform in der Elternschaft. Mit vermehrten persönlichen Bemühungen und pädagogischen Anstrengungen kann auch der beste Hauptschullehrer und die beste Hauptschullehrerin dieser Ausgangssituation nichts entgegensetzen. Es muss eine Lösung struktureller Natur eingeleitet werden, indem die Hauptschulen sofort aufgelöst werden.

Herausforderungen an ein Zwei-Wege-Modell

So positiv der Weg hin zu einem konsensuellen Kompromiss in der Schulstruktur auch ist – bisher wird er noch halbherzig beschritten. Soll das Zwei-Wege-Modell als ein wirkungsvolles Konzept für den Abbau der Selektivität im deutschen Bildungssystem umgesetzt werden, dann sind wichtige Voraussetzungen zu beachten, die in den heute realisierten Modellen kaum beachtet werden:

1. Eine nur mechanische Zusammenlegung von Hauptschulen und Realschulen und/oder Gesamtschulen, ohne dass an den Mittelzuweisungen, der Ressourcenausstattung, der Lehrerzuweisung, der Lehrerbezahlung, den Lehrplänen und der internen pädagogischen Arbeitsstruktur etwas geändert wird, ist kurzsichtig. Eine Addition von bisher getrennten Schulformen reduziert noch nicht die problematische Negativauslese der Schülerschaft und führt in der Wahrnehmung von Eltern und Schülern auch nicht dazu, die neue Sekundarschule als gleichwertig oder sogar überlegen gegenüber dem Gymnasium einzuschätzen. Dafür ist ein hervorragendes Lehrerkollegium mit einem in sich stimmigen Schulkonzept und einer professionell geschulten Leitung notwendig. Denn es geht um die Aufgabe, neben dem wissenschaftsorientierten Allgemeinbildungsprogramm des Gymnasiums ein eigenständiges interdisziplinäres, an Projektarbeit orientiertes Bildungsprogramm der Sekundarschule zu entwickeln, in das lebenswelt- und berufsbezogene Elemente eingehen.
2. Der neuen Sekundarschule muss unbedingt eine bevorzugte strukturelle Ausstattung gegeben werden, um mit ihrer schwierigen und anspruchsvollen Schülerschaft angemessen umzugehen. Dazu gehören Ganztagsausstattung und zusätzliche Lehrerstellenzuweisung, Werkstätten und Labore, um die Projekt- und Berufsorientierung zu realisieren. Die neue Schulform wird deshalb insgesamt teurer als die in sie eingehenden Ausgangsmodelle Hauptschule, Realschule und Gesamtschule. Nur so kann sie eine lebendige und attraktive Schulform werden, die dem Gymnasium pädagogisch als zumindest gleichwertig erscheint.
3. Die Errichtung einer einheitlichen weiterführenden Schule neben dem Gymnasium hat langfristig nur Aussicht auf Erfolg, wenn zwei bildungspolitische Steuerbedingungen erfüllt werden. Erstens darf die Wahl einer der beiden Schulformen im Anschluss an die Grundschule nur von den Eltern vorgenommen werden. Zweitens darf ein einmal an einer Schule akzeptierter Schüler nicht an die jeweils andere Schule verwiesen werden, wenn er in Leistungsschwierigkeiten kommt. Beide Schulformen müssen also völlig frei wählbar sein, und

beide müssen die pädagogische Verpflichtung haben, ihre einmal aufgenommene Schülerschaft zu halten, intensiv zu fördern und die Leistungs- und Entwicklungspotentiale jedes einzelnen Schülers und jeder einzelnen Schülerin so weit wie möglich zu entfalten.

Dazu sind angemessene Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Ziel sollte es sein, über Leistungsparameter die Geldzuweisung des Schulträgers zu steuern. Kriterium ist, wie aufwändig nach dem Urteil eines unabhängigen Expertenrates die pädagogische Arbeit mit den jeweils aufgenommenen Schülerinnen und Schülern ist. Die unsinnige Praxis, Pauschalsummen an Schulen zu überweisen, die in keiner Beziehung zu den tatsächlich geleisteten pädagogischen Förderarbeiten stehen, sollte eingestellt werden.

4. Die Errichtung einer integrierten Sekundarschule neben dem Gymnasium kann langfristig nur dann erfolgreich sein, wenn diese Schule von Anfang an eine eigene Oberstufe hat. Die Oberstufe muss organisatorisch und räumlich für Eltern und Schüler schon bei der Anmeldung in der fünften Klasse wahrnehmbar sein, denn sie alle wissen genau, wie wichtig ein hochwertiges Abschlusszeugnis aus der Sekundarstufe II ist.

Als besonders attraktives Element sollte der Sekundarschule ein Zeitraum von 13 Jahren bis zum Abitur eingeräumt werden.

Die Abschlusszeugnisse selbst müssen an beiden verbleibenden Schulformen identisch sein. Die jetzigen Institute des Hauptschulabgangs- und –Hauptschulabschluss-Zeugnisses sollten gestrichen werden.

Werden bei der Umstrukturierung der Sekundarstufenschulen in zwei gleichberechtigte Schulformen diese vier Orientierungspunkte beachtet, dann kann nach meiner Überzeugung ein Neuanfang für die deutsche Schulentwicklung gemacht werden, der zukunftsfähig ist. Die wertvollen pädagogischen Impulse, die in den letzten Jahrzehnten von Hauptschulen ausgegangen sind, können im Rahmen dieses Zwei-Wege-Modells bewahrt und in den breiteren pädagogischen Kontext der neuen „Sekundarschule“ überführt werden. Die organisatorische und soziale Isolierung der heutigen Schülerschaft der Hauptschule wäre sofort überwunden, die bildungspolitisch nicht mehr akzeptable und leistungsmäßig nicht mehr wettbewerbsfähige Selektivität des deutschen Schulsystems wäre um entscheidende Grade zurückgeschraubt. Dadurch wäre auch der Druck auf Eltern und Schüler reduziert, nach Abschluss der Grundschule die „richtige“ Entscheidung für einen weiterführenden Bildungsweg zu treffen. Stehen wirklich zwei gleichberechtigte Schulformen in der S I und der S II zur Verfügung, die beide alle Bildungswege offen halten, kann die – bisher noch nicht konsensfähige – Verlängerung der Grundschule aufgehoben werden.

Prof. Dr. Klaus Hurrelmann, geboren 1944 in Gdingen, dem heutigen polnischen Gdynia, ist seit 1980 Professor für Sozial- und Gesundheitswissenschaften an der Universität Bielefeld. Seine wichtigsten Arbeitsgebiete sind die Bildungsforschung mit den Schwerpunkten Sozialisation, Schule, Familie, Kindheit und Jugend und die Gesundheitsforschung mit den Schwerpunkten Gesundheitsförderung, Gesundheitskommunikation und Sucht- und Gewaltprävention. Klaus Hurrelmann leitete die Shell-Jugendstudien 2002 und 2006 und die World Vision Kinderstudie, die sich auf sechs- bis 11-jährige bezieht.